

Wirtschaftsumfeld | Uganda | Entwicklungszusammenarbeit

Entwicklungszusammenarbeit mit Uganda

Uganda hat ambitionierte Entwicklungspläne, die von internationalen Gebern unterstützt werden. Doch verbreitete Korruption und Bürokratie mindern den Erfolg der Projekte.

21.04.2021

Von Laura Sundermann | Bonn

Die USA sind der wichtigste Geber in Uganda

Größter Geber von Official Development Assistance (ODA) waren in Uganda 2019 die USA mit einer Summe von etwa 508 Millionen Euro, gefolgt von der zur Weltbankgruppe gehörenden International Development Association (IDA), die ODA in Höhe von rund 279 Millionen Euro leistete. An dritter Stelle folgte das Vereinigte Königreich mit 155 Millionen Euro.

Von der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) erhielt Uganda 2019 Zusagen über etwa 247 Millionen Euro. Damit ist das Land ihr drittgrößter Empfänger in Ostafrika. Die Europäische Investitionsbank (EIB) hingegen finanzierte dort 2019 keine nationalen Projekte, sagte aber 2020 eine Summe von fast 11 Millionen Euro zu. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sagte 2019 für Uganda 40 Millionen Euro zu.

Bürokratie und Korruption behindern Ugandas Entwicklungspläne

Dass der mit Abstand größte Geber von ODA für Uganda die USA sind, erklärt sich unter anderem durch die militärischen Beziehungen beider Länder. Ähnlich wie Kenia gilt auch Uganda als Stabilitätsanker in der Region. Bei der Friedensmission der Afrikanischen Union (AU) in Somalia (AMISOM), die seit 2007 in dem Bürgerkriegsland durchgeführt wird, stellt Uganda das größte Militärkontingent. Die USA unterstützen über die [African Peacekeeping Rapid Response Partnership](#) [↗](#) Nationen militärisch, die sich an Friedensmissionen beteiligen. Auch wenn militärische Unterstützung nicht zu ODA hinzugerechnet wird, engagieren sich die in diesem Feld aktiven Geber häufig auch humanitär in dem jeweiligen Land, so auch die USA. Ein zweiter wichtiger Faktor für die hohen Summen an ODA, die nach Uganda fließen, ist die Flüchtlingssituation in der Region. In Uganda lebten im Januar 2021 etwa 1,4 Millionen Flüchtlinge, vor allem aus dem Südsudan. Damit nimmt in Afrika kein anderes Land mehr Flüchtlinge auf als Uganda. Deutschland unterstützt das Land in diesem Bereich unter anderem durch die Sonderinitiative "Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge reintegrieren" des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Uganda hat seine Entwicklungsziele in der [Vision 2040](#) [↗](#) zusammengefasst und verfolgt den ambitionierten Plan, bis 2040 zu den Ländern mit mittlerem Einkommen im oberen Bereich zu gehören. Die mittelfristige Umsetzung der Vision erfolgt durch einen nationalen Entwicklungsplan (National Development Plan). Die [dritte Phase von 2020/21 bis 2024/25](#) [↗](#) steht unter dem Leitmotiv "nachhaltige Industrialisierung" und enthält 18 einzelne Entwicklungsprogramme, unter anderem in den Bereichen Landwirtschaft und Bewässerung, Infrastruktur sowie Ausbildung und Beschäftigung. Die Autoren des [Bertelsmann Transformation Index](#) [↗](#) sind jedoch sehr skeptisch, ob Uganda seine gesteckten Ziele erreichen wird und führen als Gründe die ineffiziente und aufgeblähte Bürokratie sowie die vorherrschende Korruption an. Beides beeinträchtigt die Umsetzung der Entwicklungspläne.

Dennoch führt die Regierung zahlreiche Entwicklungsprojekte durch. Besonders viele gibt es in den Bereichen [Bauwirtschaft](#), Wasser und Umwelt sowie Handel und Vertrieb. Die KfW Entwicklungsbank beispielsweise unterstützt ein [Vorhaben zur Verbesserung der Wasser- und Sanitärversorgung](#) in Gemeinden, die Flüchtlinge aufnehmen. Die AfDB fördert unter anderem den [Bau einer Umgehungs- und Schnellstraße](#) zwischen der Hauptstadt Kampala und dem etwa 80 Kilometer entfernten Jinja.

Dieser Beitrag gehört zu:

[Entwicklungszusammenarbeit mit Ostafrika](#)

Mehr zu:

Uganda / Entwicklungsländer / Afrika / Ostafrika
Entwicklungszusammenarbeit
Wirtschaftsumfeld

Kontakt

Laura Sundermann

 +49 228 24 993 540

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2022 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.